

Stand: 12.02.2026 22:00:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7357

"Sachverständigenanhörung über IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7357 vom 02.07.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8259 des WI vom 17.07.2025
3. Beschluss des Plenums 19/8484 vom 16.10.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 16.10.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Stephanie Schuhknecht, Barbara Fuchs, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Toni Schuberl, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sachverständigenanhörung über IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung führt eine Sachverständigenanhörung zum Thema „IT-Sicherheit in der bayerischen Wirtschaft“ durch. Im Rahmen der Anhörung soll auf folgende Themenfelder eingegangen werden:

- aktueller Stand und Gefährdungslage
- Notfallunterstützung
- Prävention

In diesem Rahmen sollen insbesondere folgende Fragen von den Sachverständigen beantwortet werden:

1. aktuelle Bedrohungslage und Angriffsarten
 - Wie hat sich die Bedrohungslage für bayerische Unternehmen in den letzten Jahren entwickelt, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender globaler Cyberattacken und geopolitischer Spannungen?
 - Welche Angriffsarten (z. B. Ransomware, Phishing, verteilter Denial-of-Service-Angriff (DDoS) sind aktuell besonders relevant für Unternehmen in Bayern?
2. Stand der IT-Sicherheitsmaßnahmen
 - Wie ist der aktuelle Stand der IT-Sicherheitsmaßnahmen in bayerischen Unternehmen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)?
 - Welche typischen Schwachstellen und Defizite bestehen in der Praxis? Wo werden die größten Handlungsbedarfe gesehen?
3. Resilienz und Krisenmanagement
 - Wie gut sind bayerische Unternehmen auf größere Cybervorfälle vorbereitet? Gibt es Notfallpläne und regelmäßige Übungen?
 - Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit mit Behörden wie dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik?
4. Wertschöpfung und Lieferketten
 - In welchem Maß sind Lieferketten bayerischer Unternehmen durch Cyberangriffe auf nationale und internationale Zulieferer gefährdet?
 - Wie können IT-Sicherheitsstandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette etabliert und durchgesetzt werden?

- Welche Risiken ergeben sich durch die Abhängigkeit bayerischer Unternehmen von internationalen Cloud- und IT-Infrastrukturanbietern?
 - Welche Maßnahmen könnten zur Stärkung der digitalen Souveränität und zur Förderung europäischer Alternativen beitragen?
 - Wie kann ein durchgängiger Schutz von digitalisierten Wertschöpfungsstufen gewährleistet werden?
5. regulatorische Anforderungen und Umsetzung
- Inwiefern sind bayerische Unternehmen auf die Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben wie der NIS2-Richtlinie vorbereitet?
 - Wo bestehen aus Expertinnen- und Expertensicht Unterstützungsbedarfe bei der Einhaltung von IT-Sicherheitsstandards und Zertifizierungen?
6. wirtschaftliche Auswirkungen und Kosten
- Welche wirtschaftlichen Schäden entstehen durch Cyberangriffe auf Unternehmen in Bayern?
 - Wie bewerten Sie die Kosten-Nutzen-Relation von Investitionen in IT-Sicherheit, insbesondere für KMU?
7. Sensibilisierung, Ausbildung und Fachkräftemangel
- Wie ist der Stand der Sensibilisierung und Weiterbildung im Bereich IT-Sicherheit in Unternehmen?
 - Gibt es ausreichend qualifiziertes Personal, um die IT-Sicherheit zu gewährleisten? Wo sehen Sie Engpässe?
8. Zukunftsperspektiven und Innovation
- Welche technologischen Trends (z. B. Künstliche Intelligenz, Cloud-Lösungen) beeinflussen die IT-Sicherheitslage aktuell und künftig?
 - Wie kann Bayern als Wirtschaftsstandort die digitale Souveränität stärken und Abhängigkeiten von internationalen IT-Anbietern verringern?
9. Empfehlungen für die Politik
- Welche politischen Maßnahmen und Förderprogramme sind aus Expertinnen- und Expertensicht notwendig, um die IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen nachhaltig zu stärken?
 - Wie sollte die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden weiterentwickelt werden, um die Resilienz gegenüber Cyberbedrohungen zu erhöhen?

Begründung:

Eine hohe und verlässliche IT-Sicherheit ist Standortfaktor, Wirtschaftswachstums- und Wettbewerbsfaktor sowie Sicherheitsfaktor zugleich. Die aktuelle Lage der IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen erfordert dringend eine vertiefte parlamentarische Befassung. Mehrere Entwicklungen – sowohl auf globaler als auch auf regionaler Ebene – machen eine Anhörung im zuständigen Ausschuss notwendig und geboten. Dazu gehören zunehmende Cyberangriffe im globalen und regionalen Kontext.

Cyberkriminalität zählt mittlerweile zu den größten Gefahren für Unternehmen in Bayern. Bereits fast ein Viertel der Unternehmen ist Opfer eines erheblichen Cyberangriffs geworden, wie aktuelle Umfragen und die Erfahrungen aus dem Cybersecurity Day 2025 in München zeigen (Cybersecurity Day 2025 in München – Bayerisches Landesportal). Die Angriffe werden immer komplexer und gefährlicher, nicht zuletzt durch den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz durch Cyberkriminelle. Herkömmliche Schutzmechanismen reichen nicht mehr aus, um die aktuellen Bedrohungen abzuwehren.

Zusätzlich hat die globale politische Lage einen Einfluss auf die IT-Sicherheit. Die weltpolitische Lage ist angespannt: Geopolitische Konflikte, insbesondere zwischen Großmächten, führen zu einer Zunahme staatlich unterstützter oder motivierter Cyberangriffe. Staaten setzen Cyberattacken gezielt als Teil ihrer geopolitischen Strategien ein, etwa auf kritische Infrastrukturen oder Unternehmen. Prorussische Hackerkollektive haben jüngst gezielt Behörden in Bayern attackiert, wie der DDoS-Angriff auf mehrere Webseiten der Staatsregierung vor der Münchener Sicherheitskonferenz eindrücklich beweist (Prorussische Hacker bekennen sich zu Angriffen auf Behörden | BR24). Solche Vorfälle verdeutlichen die Verwundbarkeit auch regionaler Strukturen in einem globalisierten digitalen Raum.

Steigende regulatorische Anforderungen, zum Beispiel neue gesetzliche Vorgaben wie die NIS2-Richtlinie der EU sowie nationale Umsetzungen erhöhen den Druck auf Unternehmen, ihre IT-Sicherheit zu stärken und ihre digitale Resilienz nachzuweisen. Besonders KMU sind häufig nicht ausreichend vorbereitet und benötigen gezielte Unterstützung, um den steigenden Anforderungen und Bedrohungen gerecht zu werden.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von IT-Sicherheit darf nicht unbeleuchtet bleiben: Cyberangriffe verursachen nicht nur direkte wirtschaftliche Schäden, sondern gefährden auch die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und das Vertrauen in den bayerischen Wirtschaftsstandort. Die fortschreitende Digitalisierung aller Wirtschaftsbereiche verstärkt diese Risiken zusätzlich.

Digitalsovranität, welches auch als Ziel der neuen Bundesregierung festgehalten wird, ist ein weiterer Aspekt von IT-Sicherheit und Resilienz. Die Abhängigkeit von internationalen IT-Lösungen und die mangelnde digitale Sovranität Europas, insbesondere im Hinblick auf die aktuelle US-Politik, machen eine eigenständige Stärkung der IT-Sicherheitsstrukturen in Bayern und Deutschland umso dringlicher.

Die Verschärfung der globalen politischen Lage, die Zunahme und Professionalisierung von Cyberangriffen sowie die wachsenden regulatorischen Anforderungen machen eine umfassende Bestandsaufnahme und Diskussion zur IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen unabdingbar. Eine Anhörung im Ausschuss bietet die Möglichkeit, Expertenwissen zu bündeln, Handlungsbedarfe zu identifizieren und gezielte politische Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung der bayerischen Wirtschaft zu entwickeln. Antworten auf die genannten Fragen decken die wichtigsten Handlungsfelder ab, sensibilisieren Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Landtag für die Thematik und ermöglichen eine umfassende Bewertung der IT-Sicherheitslage sowie der notwendigen politischen und praktischen Schritte zur Stärkung der digitalen Resilienz in Bayern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/7357

Sachverständigenanhörung über IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung führt eine Sachverständigenanhörung zum Thema „IT-Sicherheit in der bayerischen Wirtschaft“ durch. Im Rahmen der Anhörung soll auf folgende Themenfelder eingegangen werden:

- aktueller Stand und Gefährdungslage
- Notfallunterstützung
- Prävention“

Berichterstatterin:

Stephanie Schuhknecht

Mitberichterstatterin:

Jenny Schack

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 17. Juli 2025 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht

Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Stephanie Schuhknecht, Barbara Fuchs, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Toni Schuberl, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/7357, 19/8259

Sachverständigenanhörung über IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen

Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung führt eine Sachverständigenanhörung zum Thema „IT-Sicherheit in der bayerischen Wirtschaft“ durch. Im Rahmen der Anhörung soll auf folgende Themenfelder eingegangen werden:

- aktueller Stand und Gefährdungslage
- Notfallunterstützung
- Prävention

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden
Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Juli 2025
(Vf. 10-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der Verordnung über das Verbot der Prostitution in der in der
Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2011-2-6-I) veröffentlichten
bereinigten Fassung, die zuletzt durch § 1 Nr. 2 der Verordnung vom
28. November 2012 (GVBl. S.656) geändert worden ist,
2. der Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über das Verbot
der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in
München vom 4. Dezember 2003 (RABl OB S. 198), die zuletzt
durch Verordnung vom 27. September 2017 (RABl OB S. 137)
geändert worden ist
PII-3001-2-32
Drs. 19/8397 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
II. Die Klage ist unzulässig und unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. August 2025 (Vf. 11-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 3 der Satzung über die Benützung der öffentlichen Grünanlagen in Kempten (Allgäu) (Grünanlagensatzung) vom 11. Juli 2024 (StABl KE XX/24)
PII-3001-2-35
Drs. 19/8394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. August 2025 (Vf. 12-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Nr. 6.2.2 – Windenergie – (Z) Satz 2 der Anlage (zu § 1) der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 22. August 2013 (GVBl. S. 550, BayRS 230-1-5-W), die zuletzt durch Verordnung vom 16. Mai 2023 (GVBl. S. 213) geändert worden ist
PII-3001-2-36
Drs. 19/8393 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. September 2025
(Vf. 13-VIII-25) betreffend Meinungsverschiedenheit
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
4. BayernSPD-Landtagsfraktion
vom 26. August 2025 über die Frage, ob Art. 4 a Abs. 1 Sätze 1 bis 3, 5 und 7
sowie Abs. 3 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) in der
Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996
(GVBI. S. 82, BayRS 1100-1-1), das zuletzt durch die §§ 1 und 2
des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBI S. 78) geändert worden ist,
die Bayerische Verfassung verletzen
PII-3001-4-3
Drs. 19/8392 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



Europaangelegenheiten

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
ProtectEU – eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit
COM(2035) 148 final
BR-Drs. 188/25
Drs. 19/6922, 19/8287 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit der auf Drs. 19/8287 veröffentlichten Maßgabe.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie
COM(2025) 95 final
BR-Drs. 129/25
Drs. 19/7600, 19/8452

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäische Wasserresilienzstrategie
(COM)2025 280 final
BR-Drs. 261/25
Drs. 19/7601, 19/8437

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/8437 veröffentlichten Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	A	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

8. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft – der Mehrjährige Finanzrahmen 2028 - 2034
COM(2025) 570 final
BR-Drs. 333/25
Drs. 19/8281, 19/8456

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im nichtlegislatischen Verfahren die auf Drs. 19/8456 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

9. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte
EU Civil Society Strategy
13.06.2025 - 05.09.2025
Drs. 19/7602, 19/8454

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/8454 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



ohne



Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz, Verkehr
Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regeln für die PKW-Kennzeichnung und zur Überarbeitung der CO2-Standards für PKW und leichte Nutzfahrzeuge
07.07.2025 - 29.09.2025
Drs. 19/7603, 19/8453

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/8453 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



ohne

ENTH



Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

11. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwendung von Standardeinheitskosten bei Investitionsprogrammen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
Drs. 19/6493, 19/8276 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
100 Jahre Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft – Bericht und Informationskampagne zur Stärkung der Wertschätzung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern
Drs. 19/6692, 19/8277 (E)

Nach § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Wasser als kostbares Gut besser schützen – Bericht über die Einrichtung von Gewässerrandstreifen in Bayern
Drs. 19/6814, 19/8278 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
GAP-Zahlungen ausschließlich für aktive Landwirte – nicht für öffentliche Einrichtungen oder Gewerbebetriebe
Drs. 19/7185, 19/8279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU Länder an Einnahmen aus CO₂-Emissionszertifikaten beteiligen
Drs. 19/7278, 19/8256 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachverständigenanhörung über IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen
Drs. 19/7357, 19/8259 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturelle Teilhabe stärken –
KulturPass für Jugendliche verlängern und ausbauen
Drs. 19/7361, 19/8283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Ablehnung und Neubewertung der Projekte SuedLink und SuedOstLink – Für eine bürger- und landschaftsverträgliche Energieversorgung in Bayern
Drs. 19/7379, 19/8260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Sicherheit durch Information: Für eine Informationsbroschüre als ersten Schritt zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz
Drs. 19/7426, 19/8255 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Konzertsaal München: Stand der Dinge
Drs. 19/7439, 19/8261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinernachwuchs sichern, Medizinstipendien auch für Medizinstudierende im EU-Ausland
Drs. 19/7440, 19/8257 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Alexander Flierl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energieeffizienzgesetz grundlegend reformieren
Drs. 19/7460, 19/8262 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umfassende Pflegereform durch starke Beteiligung entscheidender Akteurinnen und Akteure sicherstellen!
Drs. 19/7464, 19/8258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD) Badespaß statt Gesundheitsgefahr – Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern
Drs. 19/7509, 19/8280 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.